



Antrag

Vorlage-Nr.:	AT/0021/2010	Datum:	18.03.2010
Verfasser:	03-Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	Az:	
Gremienweg:			
22.04.2010	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	verwiesen
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	geändert
	TOP	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
	öffentlich	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
Betreff:			
Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Erhöhung des Etats des Jugendrates			

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Etat des Jugendrates wird von derzeit 4000 Euro pro Jahr auf 6000 Euro pro Jahr aufgestockt.

Begründung:

Der Jugendrat ist mit einem Etat von knapp 4.000,00 € ausgestattet, der für eigene Aufwendungen wie z.B. Sitzungskosten, Öffentlichkeitsarbeit, Betriebsaufwendungen und Teilnahme an überregionalen Veranstaltungen zur Verfügung steht. Weitere anfallende Kosten mussten und konnten durch freiwillige Spenden finanziert werden. Eine Erhöhung des Etats auf 6.000 € könnte die Unabhängigkeit des Jugendrates von Firmen, Banken und anderen Institutionen stärken und weitere Aktivitäten fördern. Die Akquirierung von Spenden kostet viel Zeit, die von der Geschäftsstelle sinnvoller für die pädagogische Begleitung verwandt werden sollte.

Sitzungsgelder werden für die Teilnahme an Sitzungen des Jugendrates nicht gezahlt, nur Ausschussmitglieder in der AG Spielflächen und im Jugendhilfeausschuss erhalten das übliche Sitzungsgeld. Die Zahlung eines Sitzungsgeldes für die Sitzungen des Jugendrates wird von der Geschäftsstelle des Jugendrates, dem Jugendamt und den Jugendlichen selbst nicht befürwortet, da es falsche Anreize für eine Teilnahme am Jugendrat schaffen könnte, Unterschiede bei der Wertigkeit ehrenamtlichen Engagements in der Jugendarbeit konstruiert werden könnten und das Sitzungsgeld in vergleichbarer Höhe zu Rat- und Ausschussmitgliedern als nicht altersangemessen erscheint.

Aufgrund des freiwilligen Verzichtes auf private monetäre Mittel sollte die Stadt Koblenz im Gegenzug die Mittel für die jährlichen Aufwendungen auf 6.000 € erhöhen, um den Jugendrat als politisches Gremium aufzuwerten und seine Gestaltungsmöglichkeiten zu verbessern.